



Ein anderes Europa ist möglich und nötig!

...friedlich, demokratisch, sozial, ökologisch, geschlechtergerecht!

Das Europa, in dem wir leben, ist nicht das Europa, das wir wollen!

Die neoliberale Politik der EU trägt nicht zur Lösung der aktuellen sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen bei, sondern verschärft sie sogar an vielen Stellen. Die soziale Spaltung und die prekären Lebensverhältnisse nehmen zu. Statt Frieden wird die Militarisierung vorangetrieben und die verschärft schon bestehende Spannungen. Die natürlichen Lebensgrundlagen – insbesondere das Weltklima – sind zunehmend gefährdet. Nicht zuletzt durch eine Politik zugunsten der Vermögenden und zulasten der Vielen gewinnen in immer mehr Ländern autoritäre, nationalistische und rassistische Kräfte an Macht und Einfluss, indem sie die Angst und Verunsicherung vieler Menschen ausnutzen. Wir wenden uns sowohl gegen die Ausrichtung der EU und Europas an den Interessen der Konzerne und Finanzunternehmen als auch gegen nationalistische Tendenzen und gegen die extreme Rechte. Es reicht nicht, zu verhindern, dass nationalistische und rechtsextreme Parteien das EU-Parlament zu ihrer Bühne machen. Europa braucht eine andere Politik! Es ist Zeit für Veränderung!

Attac Deutschland setzen sich für die Umsetzung folgender Ziele ein:

- **Aufnahme von Geflüchteten, statt deren Abweisung!**
Die Einhaltung der Menschenrechte für Geflüchtete ist sicherzustellen. Es braucht sichere Fluchtwege nach Europa um das Ertrinken von Tausenden im Mittelmeer zu verhindern. Wir fordern die Abschaffung von der Dublin-Verordnung und Frontex sowie die Schließung der Flüchtlings-Hotspots.
- **Soziale Gerechtigkeit!**
Wir streiten für soziale und solidarische Regeln, die den Menschen in Europa und weltweit sichere und menschenwürdige Lebensbedingungen garantieren und sie vor Gewalt ökonomischer Verelendung schützen. Die neoliberale Austeritätspolitik der EU, von der deutschen Regierung besonders vorangetrieben, hat in Europa soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten vertieft, was weitere Verarmung zur Folge hat. Wir erleben Privatisierung und Abbau von Gemeinwohlaufgaben, massive Jugendarbeitslosigkeit, Lohn- und Rentenkürzungen – nicht nur in Griechenland. Was in den südeuropäischen „Krisenländern“ als „Strukturanpassungsprogramme“ durchgesetzt wurde, führt zu weiterer Verarmung großer Bevölkerungsgruppen und dient als Modell für den Umbau ganz Europas. Deshalb lehnen wir Instrumente wie die Schuldenbremse sowie den Fiskalpakt der EU ab.
- **Demokratische Regeln!**
Die Menschen in Europa sollen die gesellschaftliche Entwicklung selbst bestimmen und kontrollieren, statt von Finanzunternehmen und großen Konzernen beherrscht zu werden. Wir wenden uns gegen die eklatanten Demokratiedefizite der EU-Verfasstheit und -Politik und widerstehen den zunehmend autoritären Methoden europäischer Regierungen, die ungeachtet breiter Proteste ein gescheitertes neoliberales System zu erhalten versuchen. Auf dem Boden dieser neoliberalen Politik, die zu sozialer Spaltung führt, Konkurrenz statt Solidarität fördert und Abstiegsängste hervorruft, bekommen rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien Zulauf, deren Politik für Ausgrenzung und Abschottung steht.

- **Ökologische Gerechtigkeit!**
Tiefgreifende Maßnahmen sind sofort erforderlich, um den Erhalt eines für Mensch und Natur verträglichen Klimas zu sichern, der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die kapitalistische Wirtschaftsweise wirksam entgegenzutreten und den betroffenen Bevölkerungen Wiedergutmachung zu gewähren. Wir müssen mit dem herrschenden Wachstumsfetisch brechen, der den ökologischen Kollaps beschleunigt und eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben.
- **Steuergerechtigkeit!**
Damit es eine gute öffentliche Daseinsvorsorge gibt und der ökologische Umbau durchgeführt werden kann, bedarf es einer stärkeren Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen, einer Finanztransaktionssteuer und einer Gesamtkonzernsteuer. Steuerdumping und Steuerflucht müssen verhindert werden, Steueroasen sind zu schließen!
- **Geschlechtergerechtigkeit!**
Weltweit, auch in Europa und in Deutschland, sind es zuallererst Frauen, die unter Ausbeutung, Diskriminierung und einer Politik der Privatisierung und des Sozialabbaus besonders leiden und die Hauptlast für die Sorgearbeit tragen. Wir setzen uns für Gleichberechtigung ein und wenden uns gegen jede Form von Ausbeutung, Chauvinismus und Bevormundung sowie gegen Diskriminierung und Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität.
- **Friedensschaffende Maßnahmen – nach innen und außen!**
Wir setzen uns für Abrüstung statt Aufrüstung ein und lehnen Kriegseinsätze ab. Die vereinbarte militärische Zusammenarbeit in der EU (PESCO) muss beendet werden, es darf keinen Aufbau einer EU-Armee geben. Stattdessen bedarf es der Verwirklichung eines „gemeinsamen Hauses Europa“, und Konflikte müssen im Rahmen der UNO bzw. der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) bearbeitet werden.
- **Gute Nachbarschaft mit den anderen Weltregionen!**
Die neokoloniale Dominanz, Ausbeutung und Arroganz muss enden und der materielle Reichtum in Europa ist insbesondere mit den Menschen zu teilen, die von europäischen Ländern in ihrer kolonialen Geschichte über lange Zeit ausgeplündert und unterdrückt wurden. Wir bekämpfen Handels- und Investitionsschutzabkommen im Dienste der Konzerne und setzen uns für die Abschaffung der privaten Schiedsgerichte ein. Wir wollen, dass Konzerne zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet werden.

Wir wissen:

Alle diese grundlegenden Änderungen stehen im deutlichen Widerspruch zu den bestehenden EU-Verträgen und zur EU-Politik. Unabhängig davon, ob die EU als reformierbar oder als nicht reformierbar eingeschätzt wird, sind unsere Ziele nur durchsetzbar, wenn es eine starke, handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt, die auch zu Maßnahmen des Ungehorsams greift.

Wir wollen durch Debatten, Aktionen und Kampagnen zur Schaffung anderer politischer Kräfteverhältnisse in Deutschland und in Europa beitragen, als Teil eines europaweiten, emanzipatorischen Blocks von sozialen Bewegungen, fortschrittlichen Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in allen europäischen Ländern.



Attac Trägerverein e.V. / Münchener Str. 48 / 60329 Frankfurt a. M. //

Tel.: (069) 900 291-10 / www.attac.de / info@attac.de

Spendenkonto: Attac Trägerverein e.V. / IBAN: DE57 43060967 0800100800